

Hochdruck-Gasleitung: Politik „trägt“ die Stadt zur Klage

VON PETER CLEMENT

LEVERKUSEN Der Leverkusener Stadtrat sieht im Gegensatz zu Oberbürgermeister Uwe Richrath (SPD) offenbar noch Chancen, die geplante Trasse der neuen Erdgas-Hochdruckleitung NETG in ein Waldgebiet zu verlegen und damit mehrere 100 Meter weg von der Waldschule, wo sie laut Planung unmittelbar entlanglaufen soll.

Der Rat beauftragte die Verwaltung gestern jedenfalls mit 48 Ja-Stimmen bei einem Nein und einer Enthaltung aus den Reihen der CDU, Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss vom 30. Oktober 2013 zu führen. Bisher hatte Leverkusen davon Abstand genommen, in der Hoffnung, das insbesondere von vielen Eltern als unmittelbare Bedrohung ihrer Kinder empfundene Projekt durch Verhandlungen noch abmildern zu können.

Die einzige Gegenstimme kam gestern ausgerechnet vom Oberbürgermeister. Uwe Richrath stand bei der Abstimmung „quer im Stall“, wie es im Polit-Jargon heißt, weil er

als Stadtchef nicht gegen die städtische Beschlussvorlage votieren wollte: Als Oberbürgermeister müsse er sich auch vor seine Mitarbeiter stellen, erklärte er auf Anfrage unserer Redaktion. Außerdem teilt er die Auffassung der politischen Mehrheit nicht, man könne an der Trassenführung durch eine Klage noch etwas ändern. „Glauben Sie mir: Ich habe intensive Gespräche geführt, sowohl mit NETG als auch mit der Bezirksregierung – und auch der von uns hinzugezogene Jurist hat alle Möglichkeiten ausgelotet – aber die Chancen stehen extrem schlecht“, erläuterte Richrath, der in die Runde fragte, ob er nochmal das Gespräch suchen solle.

Das wollte die überwältigende Mehrheit des Stadtrats nicht. Roswitha Arnold (Grüne) brachte es auf den Punkt: „Wir wollen nicht mehr sprechen, wir wollen NETG zeigen, dass wir handeln, falls sie sich bis zum 31. Dezember, wenn der Vertrag ausläuft, nicht bewegen“, sagte sie. Aus der Waldsiedlung hatten in den letzten Tagen viele Eltern ihren Protest direkt an Richrath gerichtet.